

## **Zusammenfassende Erklärung**

gem. § 10 Abs. 2 und 3 ROG, § 6 Abs. 5 BauGB

## **RFNP-Änderung 23 HER Dienstleistungspark Schloss Strünkede**

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Anlass und Erfordernis der RFNP-Änderung</b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b>Verfahrensablauf</b>	<b>2</b>
3.1	Verfahren	3
3.2	Einvernehmen des RVR	3
3.3	Umgang mit den Stellungnahmen	3
<b>4</b>	<b>Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Planungsalternativen</b>	<b>3</b>
4.1	Umweltbelange	4
4.2	Alternativenprüfung	4
<b>5</b>	<b>Monitoring</b>	<b>5</b>

## 1 Einleitung

Ausgehend von europäischen Rechtsanforderungen, dem Raumordnungsgesetz (ROG) und dem Baugesetzbuch (BauGB) ist Regional- und Bauleitplänen eine Zusammenfassende Erklärung beizufügen, die nach abschließender Beschlussfassung, Genehmigung und Bekanntgabe des Planwerks zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten ist.

Für den Regionalen Flächennutzungsplan in seiner Doppelfunktion als Regionalplan und gemeinsamer Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr werden diese Anforderungen im Baugesetzbuch und Raumordnungsgesetz konkretisiert.

Danach sind in der Zusammenfassenden Erklärung folgende Inhalte zu behandeln:

- wie Umwelterwägungen in den Plan einbezogen wurden bzw. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und des Umweltberichts,
- wie die Stellungnahmen und Einwendungen bzw. die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung berücksichtigt wurden,
- aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, und
- welche Überwachungsmaßnahmen der Auswirkungen auf die Umwelt (Monitoring) vorgesehen sind.

## 2 Anlass und Erfordernis der RFNP-Änderung

Der Änderungsbereich liegt im Stadtteil Baukau-Ost im Stadtbezirk Herne-Mitte. Er wird nördlich von der Forellstraße, östlich vom Westring, südlich von der Straße Lackmanns Hof und westlich von der Kaiserstraße begrenzt.

Auf der brutto knapp 10 ha großen Fläche sind verschiedene Nutzungen vorhanden: im Nordosten wurde vor kürzerer Zeit ein Bürogebäude errichtet; im Westen der Fläche befinden sich ein abgängiges Wohngebäude, ein Sportplatz, ein Kleinspielfeld und eine Kindertagesstätte. Den zentralen und flächenmäßig größten Bereich bilden der brach liegende ehemalige Baukauer Kirmesplatz und ein Baseball-Feld. Unter der Fläche verläuft der verrohrte Ostbach. Dieser Bereich ist nicht zu überbauen.

Die Fläche wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan überwiegend als Gewerbliche Baufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich, im Westen und Süden als Grünfläche und überlagernd als Regionaler Grünzug dargestellt. Dieses Planungsziel, das im RFNP-Aufstellungsverfahren auch durch einen Umwelt-Steckbrief dokumentiert wurde, soll nun – auf Grundlage eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts – modifiziert werden.

Es soll ein gemischt genutztes Quartier mit einem gewerblichen Campus im Nordosten, einem – mit Wohnnutzung durchmischten – Nahversorgungsstandort im Nordwesten und Wohnnutzung im Süden des Änderungsbereichs entstehen. Die Baufläche soll nach Westen bis zur Kaiserstraße und nach Süden bis zur Straße Lackmanns Hof erweitert werden. Die Nutzungen werden zu einer Gemischten Baufläche zusammengefasst. Am Standort werden der Sportplatz und die Baseball-Fläche aufgegeben, im Umfeld des Stadions werden östlich des Plangebiets neue Trainingsplätze gebaut.

Neben der gewerblichen Nutzung sollen am Standort bis zu ca. 500 Wohnungen (tlw. als studentisches Wohnen) und ein Nahversorgungsstandort mit insgesamt maximal 2.700 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche (Lebensmittel-Vollsortimenter und Drogeriemarkt) entstehen.

### **3    Verfahrensablauf**

#### **3.1   Verfahren**

Die Räte der Städte der Planungsgemeinschaft haben nach Vorberatung im verfahrensbegleitenden Ausschuss (vbA) RFNP am 08.04.2016 im Zeitraum vom 09.05. bis 07.07.2016 die Erarbeitung des Änderungsverfahrens 23 HER beschlossen. Auf Grundlage der gleichlautenden Ratsbeschlüsse wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Zeitraum 23.08. bis 23.09.2016 durchgeführt. Das Scoping zur Ermittlung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung wurde ebenfalls in diesem Zeitraum durchgeführt. Die Ergebnisse sind in den Umweltbericht eingeflossen. Die öffentliche Auslegung wurde zwischen dem 17.04. und dem 17.05.2018 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung sowie die förmliche Beteiligung fand vom 25.06. bis 25.07.2018 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPlIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Die synoptische Darstellung der in der förmlichen Beteiligung vorgebrachten Anregungen und der Stellungnahmen der Verwaltung beinhaltet die Ergebnisse der Erörterung. Anregungen, über die keine Einigkeit erzielt werden konnte, werden ebenfalls aufgezeigt. Mit dem Aufstellungsbeschluss (entspricht nach LPlIG dem abschließenden Planbeschluss) wird das RFNP- Änderungsverfahren beendet.

Nach Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung eingereicht. Mit Veröffentlichung der erteilten Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW und in den amtlichen Verkündungsorganen der Städte wird die Änderung des RFNP Ziel der Raumordnung bzw. wirksam.

#### **3.2   Einvernehmen des RVR**

Seit Oktober 2009 ist der Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) zuständiger Träger der staatlichen Regionalplanung im Ruhrgebiet. Der RVR erarbeitet einen Regionalplan für das gesamte Ruhrgebiet, der den RFNP in seiner Teilfunktion als Regionalplan ablöst. Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPlIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPlIG-alt ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss (hierbei handelt es sich nach LPlIG um den abschließenden Planbeschluss) des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei bis zum verfahrenseinleitenden Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr das Benehmen danach das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen. Die Verbandsversammlung des RVR hat am 06.07.2018 den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplan Ruhr gefasst, insofern gilt nunmehr die Einvernehmensregelung.

Der Verbandsversammlung des RVR hat das Einvernehmen auf ihrer Sitzung am 05.10.2018 hergestellt.

#### **3.3   Umgang mit den Stellungnahmen**

Im Rahmen der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Bürger sind keine wesentlichen Bedenken vorgetragen worden, die zu einer Änderung der Planung geführt haben. Aufgrund vorgetragener Hinweise und Anregungen von beteiligten Trägern öffentlicher Belange wurde die Begründung entsprechend angepasst.

Die gegenüber dem Vorentwurf zum Entwurf geänderte Plandarstellung ergab sich aus der zwischenzeitlich erfolgten Konkretisierung der städtebaulichen Konzeption: Zum Entwurf wurde die Darstellung gegenüber dem Vorentwurf im nordwestlichen Bereich des geplanten Nahversorgungsstandorts geändert. Im Vorentwurf war hier eine Darstellung als SO großflächiger Einzelhandel vorgesehen. Da die konkretisierte Planung nunmehr eine bauliche In-

Belegenheitskommune/n fett markieren!

tegration mit der Wohnnutzung vorsieht, erfolgte im Auslegungsentwurf eine Darstellung als Gemischte Baufläche wie im übrigen Plangebiet.

#### **4 Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange und der Planungsalternativen**

##### **4.1 Umweltbelange**

Die Umweltprüfung wird zur Abschätzung der Umweltfolgen des RFNP-Änderungsverfahrens durchgeführt. Im Rahmen der Umweltprüfung sind insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, die die Durchführung der Planung auf die Umwelt hat, zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Unter Einbeziehung der zuständigen Fachdienststellen sowie der beteiligten Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit wurde von der Planungsgemeinschaft der Umweltbericht erarbeitet. Dieser ist Bestandteil der Begründung zum RFNP und lag allen abwägenden Entscheidungen zugrunde. Er enthält insbesondere Aussagen zu

- den Prüfmethoden und Bewertungskriterien,
- der Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes,
- der voraussichtlichen Umweltentwicklung bei Nichtdurchführung des Planes,
- den voraussichtlichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter (Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Mensch, Gesundheit, Bevölkerung, Kultur- und Sachgüter),
- den Verringerungs-, Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen.

Der Umweltbericht kommt zum Ergebnis, dass die Darstellung von Gemischten Bauflächen (M) und Festlegung von ASB auf einer bisher teilweise als Gewerbliche Baufläche bzw. ASB (G) und teilweise als Grünfläche dargestellten und als Spiel- und Sportanlage und Grünfläche genutzten Fläche verursacht für die Schutzgüter Biotopverbund/Landschaft und wohnungsnaher Erholung, Boden, Wasser und Klima sowie Mensch und Gesundheit erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die im nachfolgenden Bauleitplanverfahren zu prüfen und zu kompensieren sind, hat. Insgesamt werden die Umweltauswirkungen daher als teilweise gravierend eingeschätzt.

##### **4.2 Alternativenprüfung**

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben wurden die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten im Umweltbericht dargelegt. Dabei beschränkt sich die Auswahl auf sinnvolle und gangbare Alternativen, die sich unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer, sozialer und technischer Aspekte sowie unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und des Gebotes der Vernunft anbieten.

Das Ziel der Entwicklung eines Gewerbe- bzw. Dienstleistungsstandorts auf einem Großteil der Fläche ist im RFNP bereits enthalten. Die Fläche weist hierfür durch die unmittelbare Nähe zum Gründer- und Innovationszentrum, zu Autobahnanschluss und Innenstadt eine herausgehobene Lagegunst auf. Gleichwertige Alternativen sind nicht vorhanden. Im Ortsteil Baukau-Ost sind ebenfalls keine Flächenalternativen für die Unterbringung eines Nahversorgungsstandortes, der den heutigen betrieblichen Standortanforderungen gerecht wird, vorhanden. Hinsichtlich der geplanten Wohnnutzung ist die Fläche Bestandteil des am 30.05.2017 vom Rat der Stadt Herne beschlossenen Programms zur Entwicklung von Wohnbauflächen 2017-2020, das insgesamt 13 prioritär zu entwickelnde Wohnbauflächen beinhaltet. Diese Flächen wurden mit Hilfe einer nutzwertanalytischen Betrachtung, die insbesondere auch verschiedene umweltbezogene Faktoren beinhaltete, aus dem am 29.11.2016 Rat der Stadt Herne beschlossenen Gesamtportfolio der Wohnbauflächenpoten-

ziale ab 2.000m<sup>2</sup> in Herne abgeleitet. Die in weiten Teilen un- bzw. untergenutzte Fläche begründet zudem aus sich heraus ein planerisches Handlungserfordernis im Sinne einer planmäßigen Entwicklung auf Grundlage einer städtebaulichen Gesamtkonzeption.

Der Bedarf für die Unterbringung zusätzlicher Bauflächen (insbesondere für Zwecke des Wohnens / Wohnfolgenutzungen) bzw. für zusätzliche ASB-Flächen ist nach aktueller Bedarfsermittlung des RVR für die Regionalplanung in Herne – und in der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr, die über den Regionalen bzw. zukünftig Gemein-samen Flächen-nutzungsplan als gemeinsamer Bedarfsraum aufzufassen ist – in erheblichem Umfang gegeben.

## 5 Monitoring

bestehende Darstellung		Fläche (ha)	neue Darstellung		Fläche (ha)
FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene		FNP- Ebene	Regionalplan-Ebene	
Gewerbliche Baufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	6,1	Gemischte Baufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	9,8
Wohnbaufläche	Allgemeiner Siedlungsbereich	0,2			
Grünfläche	Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich	3,5			
	Regionaler Grünzug	3,5			
<b>Summe</b>		<b>9,8</b>	<b>Summe</b>		<b>9,8</b>

Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.

Das Monitoringkonzept für den RFNP ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtäumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe Kapitel 11.2 des Umweltberichts zum RFNP i. d. F. seiner Bekanntmachung).

Bei der Durchführung des Monitorings wird im Einzelfall überprüft, ob einzelne Überwachungsinstrumente oder Indikatoren (siehe dortige Tabelle 21) an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen.

Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumbbeobachtung herangezogen, die nunmehr durch die staatliche Regionalplanungsbehörde (RVR) erfolgt. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.

Das Umweltmonitoring für den bauleitplanerischen Teil des Planes (Zuständigkeit Planungsgemeinschaft) soll zusammen mit der regionalplanerischen Raumbbeobachtung des RVR im RFNP-Planbereich in einem dreijährigen Rhythmus durchgeführt werden.

Das Monitoring begann erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.

Belegenheitskommune/n fett markieren!